

Informationsblatt nach Art. 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)**bei Bürgerhaushalten**

Die DS-GVO bildet die gesetzliche Grundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Diese stärkt die Rechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

Die Wahrung der Transparenz bei der Datenverarbeitung ist für den Landkreis Wittmund von besonderer Bedeutung.

Hiermit kommen wir Ihrem Informationsanspruch nach.

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen	Landkreis Wittmund Der Landrat Amt für zentrale Dienste und Finanzen Am Markt 9 26409 Wittmund Telefon: 04462-8601
Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	Der Datenschutzbeauftragte des Landkreises Wittmund datenschutz@kdo.de
Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung	Kontaktaufnahme zur Abgabe von Informationen, freiwillige Aufgabe
Dauer der Speicherung oder Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer	maximal 5 Jahre

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z.B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung beziehungsweise eines Vertrages mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt (Art. 20 DS-GVO). Dies gilt nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten zur Wahrung der öffentlichen Aufgaben erfolgt, die Rechte und Freiheiten anderer Personen betroffen sind und die Übertragung technisch nicht möglich ist.

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung (gem. Art. 6 Abs. 1 a oder Art. 9 Abs. 2 a DS-GVO) beruht, diese jederzeit zu widerrufen.

Die betroffene Person hat das Recht auf die möglichen Folgen einer Nichtbereitstellung der sie betreffenden personenbezogenen Daten hingewiesen zu werden.

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt (Art. 77 DS-GVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsortes, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Niedersachsen ist die zuständige Aufsichtsbehörde die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstr. 5 in 30159 Hannover.

Bei einer Zweckänderung der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten erhalten sie weitere Informationen von dem Landkreis Wittmund.